

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 01 08. Januar 1997

➔ **Unheimliche Kooperation** S. 2

Neugermanisch-heidnisches Gedankengut erfreut sich in rechtsextremen Kreisen zunehmender Beliebtheit. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin sieht ein funktionierendes neuheidnisches Netzwerk aus Vereinigungen und Zirkeln sowie Zeitschriften und Verlagen.

➔ **Kein Pardon mehr für Revisionisten** S. 6

Der umstrittene „Zeitgeschichtsforscher“ Alfred Schickel ist nun doch ins Visier der Verfassungsschutzbehörden geraten.

➔ **Vergebliche Weißwäsche** S. 7

Eine Edition von Werken des Staatsrechtlers Carl Schmitt offenbart gerade dessen Nähe zu national-sozialistischen Vorstellungen. Dies ganz im Gegensatz zur erklärten Absicht des Herausgebers Günter Maschke.

➔ **BNR-Interview** S. 10

Die Staatssicherheit der DDR hat auch den bundesdeutschen Rechtsextremismus ausgespäht. Der „blick nach rechts“ sprach darüber mit einem Mitarbeiter der Gauck-Behörde.

➔ **Tagebuch** Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Neuheidnisch-rechtsextreme Gruppierungen:

Die Jünger Wotans

In der Bundesrepublik operiert eine Vielzahl von Grüppchen und Organisationen aus dem neugermanisch-heidnischen Spektrum weitgehend unbehelligt. Bei einer ganzen Reihe derartiger Gruppierungen sind allerdings eindeutig rassistische und rechtsextremistische Zielsetzungen zu erkennen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin spricht von einer „unheimlichen neugermanisch-heidnisch-rechtsextremen Kooperation“. Nach seinen Erkenntnissen existiert hierzulande ein funktionierendes neuheidnisches Netzwerk, das „endlich ernst genommen werden“ müsse.

„Heute sind die härtesten Aktivitäten eines antidemokratischen neorassistischen Rechtsradikalismus unter den neugermanisch und deutsch-völkischen Gruppen zu suchen. Sie kämpfen mit dem Elan, den nur religiöser Glaube vermitteln kann“ - konstatierte der zwischenzeitlich verstorbene Weltanschauungsexperte der Evangelischen Kirche, Friedrich Wilhelm Haack, in seinem 1981 erschienenen Buch „Wotans Wiederkehr“, in dem erstmals in der Bundesrepublik ausführlich und breitenwirksam zum Themenbereich „Neuheidentum und neonazistische Heilslehren“ Stellung bezogen wurde. Tatsache ist, daß seit Mitte der siebziger Jahre in Westeuropa anti-christliche Religiosität zunimmt und heidnische Idee und Kulte aufleben. Gebaut ist dies bei den meisten der neuheidnischen Grüppchen oder Einzelaktivisten auf die Grundpfeiler Rasse, Blut und Boden, kombiniert mit dem Glauben an die Höherwertigkeit der germanisch-nordischen Rasse über andere.

„Das Keltische im Innersten“

Im Sommer 1992 erschien in den reichstreuhen „Staatsbriefen“ des ehemaligen WELT-Redakteurs Hans-Dietrich Sander - posthum - ein Grundsatzartikel des 1991 verstorbenen Neonazi-Medienstars Michael Kühnen zum Themenbereich „Grundlagen des Heidentums“. Darin fordert Kühnen auf, „das Heidentum bewußt als Religion (zu) erneuern“. Heide sei derjenige, der „sich in seiner Seele und mit seinem Verstand von einem Mythos angesprochen fühlt, die dazugehörigen Riten praktiziert und

als ein tiefer denkender Mensch sich außerdem noch eine Ethik der Arterhaltung und Artentfaltung von Volk, Rasse und Kultur verpflichtet weiß“.

Einer zunehmenden Popularität erfreuen sich neuheidnische Gedanken heute im neonationalsozialistischen Spektrum: die Neonazi-Postille „Bramfelder Sturm“ (neuerdings: „Hamburger Sturm“) aus dem Umfeld der verbotenen „Nationalen Liste“ (NL) veröffentlicht eine Reihe „Germanische Mythologie“, Jürgen Jost, Betreiber der Thule-Mailbox „Elias“ sucht im Internet nach Informationen und Texten zu „Germanen, Kelten, Goten und den nordischen Kulturen“, eine „Ordensgemeinschaft Odins Erben“ hält Umschau nach neuen Mitgliedern, Schriften wie „Blutfeuer“ oder „Zeitenwende“ finden ihr Publikum. Auf neuheidnische Devotionalien wie Irminsul-Anhänger, Futhark-Ringe, Odin-Poster, Julleuchter oder Heidnische Gedichte vermag kaum noch ein rechtsextremer Verlagshandel verzichten. Und selbst die „Junge Freiheit“, in der reaktionär-katholische Fundamentalisten wie Felicitas Küble oder Lothar Groppe publizieren, orakelt über die „keltische Kultur in unserem Innersten“. Nicht zu vergessen die rassistische „Artgemeinschaft“, in der ehemalige Funktionäre verbotener Gruppierungen wie der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) oder der „Wiking-Jugend“ (WJ) wieder ein organisatorisches Rückgrat gefunden haben.

Vor einer „unheimlichen neugermanisch-heidnisch-rechtsextremen Kooperation“ hat deshalb der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin, Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion, gewarnt. Nach Vergins Erkenntnissen existiert in der Bundesrepublik ein funktionierendes neuheidnisches Netzwerk aus Vereinigungen und Zirkeln, Kultstätten, Zeitschriften, Verlagen, Videoproduktionen und Firmen. Dieses Netz müsse „endlich ernst genommen werden“. Auf Initiative Vergins hatten im Sommer vergangenen Jahres sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete eine Kleine Anfrage zum Themenbereich „Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ (Drucksache 13/5349) gestellt. Als massives Ärgernis empfand Vergin, daß sich die Bundesregierung nicht dazu äußern will, ob eine Organisation als gemeinnützig anerkannt ist. Vergin: „Ich vermute, daß einige der neugermanisch-heidnischen Gruppen als eingetragene Vereine Gemeinnützigkeit genießen.“

Die unheimliche Kooperation

Aus der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 13/5434) läßt sich entnehmen, daß folgende Organisationen aus diesem Spektrum vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden:

- der in Bredstedt (Kreis Nordfriesland) ansässige „Nordische Ring e.V.“ (NR; ca. 40 Mitglieder), der 1974 von ehemaligen Mitgliedern der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ gegründet wurde. Im NR-Organ „Nordische Zukunft“, das in der Bundesrepublik, Niederlande und Skandinavien verbreitet wird, werden rassistische Thesen veröffentlicht, die die Einhaltung und Stärkung der nordischen Rasse durch „Rassereinheitsgebote“ und „Erbgesundheitspflege“ beinhalten. NR-Mitglied und NZ-Autor ist u.a. Dieter Vollmer, nach eigenem Bekunden „Jugendführer der 30er Jahre“, nach 1945 in Argentinien Mitarbeiter der rechtsextremen Zeitschrift „El Sendero“ (Der Weg), später in der Bundesrepublik Verlagssekretär im Grabert-Verlag (1963-1965) und bis heute in revisionistischen Kreisen aktiv.
- die 1951 gegründete „Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (etwa 100 Mitglieder), ein germanisch-heidnischer Glaubensbund. Das Glaubenscredo der „Artgemeinschaft“, „Das Sittengesetz unserer Art“ (Punkt 2: „Das Sittengesetz in uns gebietet Tapferkeit und Mut in jeder Lage, Kühnheit und Wahrhaftigkeit bis zur Todesverachtung gegen jeden Feind von Familie, Sippe, Land, Volk, germanischer Art und germanischem Glauben.“) und weiteres Werbematerial ist neuerdings auch im INTERNET abrufbar. Szeneunüblich ist die von der „Stimme des Artglaubens“, der „Nordischen Zeitung“, praktizierte Zeitrechnung: „Wir setzen an den Beginn unserer Jahreszählung nicht die Geburt eines Christus, von dem niemand weiß, ob und ggf. wann er geboren wurde, sondern die Hochblüte des Gestirnheiligtums Stonehenge.“ Mitglied der „Artgemeinschaft“ ist u.a. Pierre Krebs, Gründer und Kopf des „Thule-Seminars“. Geworben wird für die „Artgemeinschaft“ in Werbeprospekten des MDV-Verlages von Oliver Bode (einst Mitarbeiter des „Referates für Sicherheit“ >RFS< des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ >KAH<), der auch im litauischen Klaipeda eine Kontakt- u. Bestelladresse unterhält, und in der neonazistischen Strategie- u. Ideologieschrift

„Umbruch“. Leiterin des Buchdienstes der „Artgemeinschaft“ war über längere Zeit hinweg Edda Schmidt, Inhaberin eines auf NS-Literatur spezialisierten Versand-Antiquariats.

- die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ (GfbA-EV; rund 70 Mitglieder), die 1995 beschlossen hatte, ihren Sitz vom schleswig-holsteinischen Holstein ins schwedische Moholm zu verlegen. Organ ist die seit längerer Zeit nicht mehr erschienene Zeitschrift „Neue Anthropologie. Erbe und Verantwortung“, in derem „wissenschaftlichen Beirat“ neben Alain de Benoist u.a. auch der Autor der antisemitischen „Bauernschaft“, Hans Georg Amsel, seit nunmehr 68 Jahren mit Ernst Jünger befreundet, aufgeführt ist. Ehrenmitglied ist Walter Drees, Mitglied der „Deutschen Gildenschaft“ und Pressebeauftragter der „Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e.V.“.

Rassismus als Programm

In allen drei Organisationen nimmt der einschlägig bekannte Rechtsanwalt Jürgen Rieger eine führende Funktion ein. Nach Riegers heidnisch-germanophiler Auffassung wurde das Christentum „letztlich im Interesse des Judentums für Nichtjuden geschaffen“, als „Mittel zum Zweck, das verfluchte Rom zu zerstören, Judäa damit frei zu machen - die erste psychologische Kriegsführung der Geschichte“, so Rieger in seiner Schrift „Von der christlichen Moral zu einer biologisch begründeten Ethik“, die in der Schriftenreihe der „Artgemeinschaft“ erschienen ist. Rieger wirft dem Christentum „Egozentrik gegen Familien-, Volks- und Rassengebundenheit“ und „Gleichheitswahn gegen Rangordnung“ vor. Herangezogen zu seiner pseudowissenschaftlichen Beweisführung wird von ihm bevorzugt Hans F.K.Günther, einst führender Nazi-Rassentheoretiker. In den Augen Riegers, der die „Rasse“ zum „Mittelpunkt der Weltanschauung“ machen möchte, ist das „Christentum ein Krebs, der sich bislang noch in jedes gesunde Volk hereingefressen hat“. In diesem Sinne ruft der Rechtsextremist auf: „Bekämpfen wir die christlichen Wertvorstellungen in uns und in unserem Volk - dem Leben zuliebe. Unser Volk kann nur überleben, wenn es sich von der christlichen Moral freimacht - sonst werden wir wie Rom untergehen.“

Im Visier des Verfassungsschutzes steht ferner der „Bund für Gotterkenntnis e.V.“ (BfG; ca. 240 Mitglieder). Gründungsmutter des „Bundes“ ist

Mathilde Ludendorff (1877-1966), die 1926 den Generalquartiermeister des 1. Weltkrieges, Erich Ludendorff geheiratet hatte. 1937 gründete sie den Verein „Deutsche Gotterkenntnis“, der 1951 - zuvor war er von den Alliierten verboten - in „Bund für Gotterkenntnis“ umbenannt worden ist. Ein von den Innenministerien der Länder ausgesprochenes Verbot im Jahre 1961, wegen antisemitischer Äußerungen aus der Zeit des Ehepaares Ludendorff, wurde 1977 letztinstanzlich aufgehoben (u.a. wegen Verfahrensfehlern bei der Verbotsverfügung). Das BfG-Mitteilungsblatt „Mensch und Maß“ wird von Freiherr Franz Karg von Bebenburg (Verlag „Hohe Warte“ mit Sitz im oberbayrischen Pähl bei Weilheim, wenige Kilometer vom einstigen Ludendorff-Domizil in Tutzing am Starnberger See), dem Schwiegersohn der M. Ludendorff, herausgegeben. Geleitet wird der BfG, der eine antipluralistische und rassistische, insbesondere antisemitische Weltanschauung vertritt, von dem Dachauer Arzt Dr. Gunther Duda. Prominenter Ludendorff-Anhänger im rechtsextremen Bereich ist Roland Bohlinger, Inhaber des „Verlages für ganzheitliche Forschung und Kul-

tur“, dem der „Kultur-Verlag“ und die „Theodor Storm-Versandbuchhandlung“ angegliedert sind.

Bekannt ist der Bundesregierung des weiteren der 1980 von Arnulf-Winfried Priem, Ex-Berliner Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen neonationalsozialistischen Truppe „Deutsche Alternative“ (DA), gegründete und seit 1995 nicht mehr aktive „Asgard-Bund e.V.“, dessen Aktivitäten sich überwiegend auf die Herausgabe des „Nordisch-germanischen Jahrweisers“ und den Handel mit germanisierenden Devotionalien und neonazistischen Videos richtete. In primitiv aufgemachter Form erschien über mehrere Ausgaben hinweg die „Zeitschrift für germanische Weltanschauung“ mit dem Titel „Der Wotansspeer“: „Wohl die wichtigste Forderung, die wir erheben, ist die Gleichbehandlung der nordischen Religion neben den christlichen und mohammedanischen Glaubensrichtungen in den Schulen.“ In Neonazi-Kreisen gilt Priem seit einigen Monaten als „Verräter“. Das Thule-Netz bezeichnete ihn gar als „Parasiten“.

(Fortsetzung folgt)

Anton Maegerle

Neuer Streit um Hitlers Rolle:

Befehl zur „Endlösung“?

Während die Diskussionen über Daniel Jonah Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ langsam zuende gehen, zieht in der internationalen historischen Forschung ein neuer Streit herauf. Es geht um die Frage, ob es von Beginn an Hitlers Entschluß war, das jüdische Volk zu vernichten, oder ob der Diktator angesichts der aussichtslosen Lage an der Front im Osten sozusagen in den Zwang geraten ist, den Völkermord zu vollstrecken. Zusätzlich wird immer erbitterter darüber gestritten, ob der Befehl von Hitler kam, oder ob „der Führer“ mit seinen Hetzreden eine heterogene Anhängerschaft integrieren und motivieren wollte. Einfacher formuliert: Wußte Hitler nur davon oder hat er persönlich die Shoah befohlen?

Der erste grundsätzliche Anstoß zu der neuen Auseinandersetzung kam von dem Berliner Historiker und Holocaustforscher Götz Aly mit seinem Anfang 1995 im S.Fischer-Verlag erschienenen

Buch „‘Endlösung’ - Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden“ (446 Seiten, 48,— DM; vgl. BNR Nr. 15/95). Aly vertritt hier - belegt durch viele Quellen und Dokumente - die These, einen zentralen Befehl zur „Endlösung“ habe es nie gegeben, auch nicht durch Hitler. Die von den Nazis angestrebte „Neuordnung Europas“ habe vielmehr zu einem völligen Chaos geführt. Im Spätherbst 1940 hätten hunderttausende Deutsche in Lagern gesessen, zusammengepfercht, ohne hinreichende Versorgung, ohne Beschäftigung, ohne eigene Wohnung, und das am Vorabend des Überfalls auf die UdSSR im Sommer 1941. Die Menschen waren „heimgeholt“ worden - aus Südtirol, den drei baltischen Staaten, aus Polen, Galizien, Wolhynien usw.usw. Am 1. April 1941 hatte die Reichsregierung gerade mal Platz für 5.000 „Volksdeutsche“ geschaffen, während 256.257 Kinder, Frauen und Männer elend in Lagern dahingevegetierten. Für sie habe im besetzten Polen Raum freigemacht werden müssen. Da sei für Juden schlicht kein Platz mehr gewesen. Sie seien zuerst in riesige Ghettos deportiert worden, die allerdings auch bald völlig überfüllt gewesen seien. Angesichts dieser Lage hätten sie beseitigt, ermordet werden müssen. Nicht so im Detail, wohl aber in der Tendenz bekam Aly Unterstützung durch den

angesehenen deutschen Zeitgeschichtler Hans Mommsen, der zur Zeit am St. Anthony's College in Oxford lehrt. In einem Gespräch mit der Zeitschrift „Die Woche“ hatte Mommsen Ende vergangenen Jahre auf die Frage, ob Hitler von Anfang an entschlossen gewesen sei, die Juden zu ermorden, geantwortet: „Die (These) ist falsch.“ Und er ergänzte: „Es gab keine Beschlüsse im Nationalsozialismus, sondern man trieb die Dinge bis zu einem bestimmten Punkt voran, von wo aus es keinen Weg mehr zurück gab.“ Zur Rolle Hitlers formulierte Mommsen: „Von Hitler kamen immer antisemitische Tiraden, auch die Vernichtungsvokabeln in der verdeckten Form. Dann sind andere gekommen und haben gefragt: Was ist nun? Da kam Hitler unter Zugzwang.“

„Enttäuschung der Massen auf die Juden ablenken“

Einer der schärfsten Gegner Mommsens in diesem Fall ist Johannes Willms, Feuilletonchef der „Süd-deutschen Zeitung“. Es gibt in der Bundesrepublik keine Zeitung, die sich so intensiv und kontinuierlich mit der NS-Zeit und ihren Folgen auseinandersetzt wie die „Süddeutsche“. Das Münchner Blatt und damit selbstverständlich Willms haben auch gegenüber Mommsen durchaus Kompetenz. Willms warf Mommsen im November vor, Hitlers Rolle nicht nur zu relativieren, sondern geradezu auf den Kopf zu stellen, „ohne daß für dieses unverantwortliche Tun auch nur ein stichhaltiger Beweis beigebracht würde.“ Die Täter hätten schließlich ihre Verbrechen in der Sicherheit und Überzeugung begangen, „in Übereinstimmung mit dem Willen des ‘Führers’ zu handeln“. Willms verweist zu recht auf den Chef der Alldutschen, Heinrich Class, der am Ende des Ersten Weltkrieges im Oktober 1918 die Parole ausgab: „Man muß die Enttäuschung der Massen auf die Juden ablenken.“ Von da sei es nur noch ein Schritt zu Hitlers „Mein Kampf“ mit der These: „Hätte man zu Kriegsbeginn oder während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hun-

dertausende unserer allerbesten Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen.“ Willms bezichtigt Mommsen, er leiste „einer Bagatellisierung der politischen Wirklichkeit des Nationalsozialismus Vorschub“. Der weist diesen Vorwurf mit der Begründung zurück, wer nur Hitler als Initiator sehe, entlaste Militär, Industrie und alle anderen Täter und Mittäter. Nun hat sich auch der Schweizer Politologe Philippe Burrin in die Auseinandersetzung eingeschaltet und gegen Mommsen Partei ergriffen. Der Streit ist nicht zuende, er beginnt erst jetzt.

Heiner Lichtenstein

Zum Jahres- beginn

Die Redaktion des „blick nach rechts“ freut sich, mit Ihrer Unterstützung in ein neues Jahr starten zu können. Wir sind leider zuversichtlich, daß die, denen unser Augenmerk gilt, uns in 1997 eher noch mehr, denn weniger beschäftigen werden. Der Rechtsextremismus ist im Umbruch und sucht sich neue Kommunikations- und Propagandaformen; das internationale Zusammenspiel wird durch neue Techniken erleichtert. Zahlreiche Vertreter von rechtsextremistischen Parteien wie die NPD, „Deutsche Liga für Volk und Heimat, DVU und der REP basteln wieder einmal an einer neuen Rechtspartei, die das weitgehend zerstrittene rechtsextreme Lager einigen soll. Unser Blick wird sich auch weiterhin auf jene Kreise richten, die den deutschen Rechtsextremismus intellektualisieren wollen und sich dabei gerne auch eines vorgeblich demokratischen Mäntelchens bedienen. Die Grenzen bis zum rechtskonservativen Lager sind hier bekanntlich fließend.

All dies macht die Arbeit unseres Informationsdienstes nicht einfacher. Umso mehr sind wir auch auf Ihre Unterstützung und die Verbreitung unserer Informationen angewiesen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991641, Fax 25991654

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Vom Zeitgeschichtsforscher zum
Revisionisten:

Eine Frage des Standpunkts

Wie mag es der Mann geschafft haben, so lange als staatstragend durchzugehen? Sogar als würdig, ihm zum Sechzigsten das Verdienstkreuz um den Hals zu legen; nicht das einfache für die niederen Verdienste des Fußvolks, nein, das wertvollere am Band. Die Rede ist von dem Herrn Doktor Alfred Schickel, 1931 gebürtig in Aussig, Leiter seit 1981 der mit Professor Hellmut Diwald eröffneten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt. Offenbar hielten viele - und tun es noch - die Hand über jenen kauzig dreinschauenden früheren Studienrat, der vielen aus der Seele spricht, wenn er in Blättern schreibt, die unter dem weinerlichen Stichwort der politischen Korrektheit ein rechtes bis extrem rechtes Weltbild zu verteidigen haben: Graberts „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“; „Criticon“; in Vertriebenenblättern; beim Hohenrain-Verlag und bei Dieter Munier; früher in MUT, jetzt in „Nation + Europa“ und nun auch in der „Jungen Freiheit“. Was er als historische Erkenntnisse zu Nazizeit und Weltkrieg zwo mitteilt, vielfach aufgrund akribischer Archivarbeit, nimbusfördernd regelmäßig aus „Geheim“-Archiven, mag oft marginal sein, unbekannte Facetten fördert er zumeist zutage. Gelegentlich auch absurde, wie die 1986 in MUT vorgelegten „Beweise“, daß Hitler und Lenin in Wien einander schachspielend begegnet seien.

Gegen Schickels Dokumentensuche ist sicher nichts einzuwenden, was den Historiker aber angreifbar macht, ist die Art der Präsentation: Er ist ersichtlich von dem Bemühen getragen, vermittelt seiner Trouvaillen uns bekannte Fakten anders zu werten. Es liegt nicht neben der Sache, Schickel einen Revisionisten zu nennen. So streitet er dafür, Hitlers Angriffskriege als Verteidigungskriege zu verstehen, weil es bei den Alliierten, den Polen und anderwärts Kriegspläne gegeben habe; er läßt Hitler als den allseits akzeptierten Retter des Vaterlandes auftreten, weil es in den frühen dreißiger Jahren selbst bei Juden und Sozialdemokraten beifällige, bagatellisierende Aussagen gegeben habe. Und natürlich ist er auch bei der unappetitlichen Diskussion um die Zahl der Kriegs- und Holocaustopfer dabei. So war es ihm auch ein

Anliegen, die hohen Sterbeziffern der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschen Lagern kleinzureden. Zu Schickels zum 15jährigen Jubiläum seiner ZFI in der „Jungen Freiheit“ aufgeworfenen Fragen gehört die Erkenntnis, daß mit der Einbettung Deutschland in Europa mit dem Maastricht-Vertrag das Ziel der Alliierten, Deutschlands Wirtschaft zu schwächen, erreicht worden sei.

Überraschend hat nun die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage aus dem Deutschen Bundestag (Drucksache 13/6067) bestätigt, daß sich das Kölner Verfassungsschutzamt aufgrund der Veröffentlichungen in Publikationen mit rechtsextremer Ausrichtung mit Schickel befaßt. Dies deutet auf eine veränderte Sichtweise insofern hin, als die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine vergleichbare Kleine Anfrage vor vier Jahren noch keine Anhaltspunkte vorliegen hatte, die sie zu einer Einstufung als revisionistisch veranlaßt hätten (Drucksache 12/2268)

Klaus-Henning Rosen

Festschrift wurde Gedenkschrift

Bonn - Dem Gedenken ihres im vergangenen September verstorbenen Bundesvorsitzenden Heinz Putzrath ist die jüngste Ausgabe (November/Dezember) des „Informationsdienstes“ der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ (AVS) gewidmet. Dokumentiert sind in der Ausgabe u.a. die von Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel und Oskar Lafontaine gehaltenen Reden anläßlich der Beerdigung Putzraths (AVS-Bundesvorsitzender von 1983 bis 1996) am 1. Oktober in Bonn. Das Amt der geschäftsführenden Vorsitzenden übt bis zur nächsten AVS-Bundeskonferenz die Historikerin Susanne Miller aus.

Im Essener Klartext-Verlag ist in diesen Tagen ein Buch über Heinz Putzrath erschienen. Der Band war ursprünglich von Freunden der AVS und der Historischen Kommission der SPD als Festschrift konzipiert, mit der Putzrath zu seinem 80. Geburtstag am 12. Dezember 1996 geehrt werden sollte. Aus dieser Festschrift, die Beiträge von Weggefahrten, Historikern und Publizisten enthält, ist nun eine Gedenkschrift geworden.

Rau, Johannes/Faulenbach, Bernd: Heinz Putzrath. Gegen Nationalsozialismus - Für soziale Demokratie. Klartext-Verlag Essen, ca. 144 Seiten, DM 34,—.

Ein Gegner der Demokratie:

Vergebliche Weißwäsche

Der Staatsrechtler Carl Schmitt ist nicht nur im Umfeld der geistigen Strömung der „Neuen Rechten“, die an die „Konservative Revolution“ der Weimarer Republik anknüpfen will, überaus populär. Ganz allgemein kann schon seit Jahren von einer Carl Schmitt-Renaissance im geistigen Leben der Bundesrepublik Deutschland gesprochen werden - und zwar sowohl im affirmativen wie kritischen Sinne. Im Kontext einer damit zusammenhängenden Debatte erschienen auch zahlreiche Nachdrucke von Aufsätzen und Büchern sowie Briefeditionen, meist herausgegeben von direkten oder indirekten Schülern Schmitts. Zu derartigen Veröffentlichungen gehört auch eine umfangreiche Sammlung von Arbeiten aus den Jahren 1916 - 1969, die der Publizist Günter Maschke editierte. (Carl Schmitt, Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916 - 1969. Herausgegeben, mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Günter Maschke, Berlin 1995).

Bereits im Vorwort formuliert Maschke eine apologetische Deutung Schmitts, die durch die anschließenden Texte gerade nicht bestätigt wird. So behauptet Maschke etwa, Schmitt ginge es noch 1932 „um die Stärkung der Republik ... nicht um deren Demontage“ (S. XVII). Oder er hebt einseitig die Kritik aus SS-Kreisen am Etatisten Schmitt hervor (vgl. S. XVIII). Gleichzeitig thematisiert Maschke die Hinwendung zum Nationalsozialismus nicht und beläßt es in dieser zentralen Frage bei folgenden Worten: „Schmitts 1933 manche Beobachter verblüffende ‘Übergang’ zum Nationalsozialismus kann hier nicht erörtert werden; dies würde ein eigenes Buch beanspruchen. Man darf freilich behaupten, daß eine 1933 unter zahlreichen Vorbehalten gegebene Zustimmung zum Nationalsozialismus weniger erklärungsbedürftig ist, als eine sofortige, massive Ablehnung“ (S. XVIII).

Die veröffentlichten Texte sind von Maschke - dies muß uneingeschränkt positiv vermerkt werden - nicht nur einfach nachgedruckt, sondern ausführlich mit Erklärungen und Verweisen ergänzt worden, so daß hier die Möglichkeit zu einer ausführlichen Auseinandersetzung bezüglich geistesge-

schichtlicher, aber auch historisch-politischer Hintergründe besteht. Gegliedert ist der Band in vier Kapitel, die insgesamt 39 Beiträge unterschiedlicher Länge enthalten: „Verfassung und Diktatur“ mit Aufsätzen über die Diktatur, den Reichspräsidenten und die Verfassung. „Politik und Idee“ mit Beiträgen über Denker wie Hobbes oder Machiavelli und Themen wie Amnestie und den Rechtsstaat, „Großraum und Völkerrecht“ mit Aufsätzen über das Raumdenken und dem Nachdruck des Textes „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ und „Um den Nomos der Erde“ ebenfalls mit Beiträgen über Fragen der internationalen Politik und des Raumdenkens.

Wie stark die Texte selbst von der von Maschke formulierten Einschätzung abweichen, sei an einigen Zitaten veranschaulicht. Deutlich wird das Repräsentativprinzip und der Einfluß von Parlament und Parteien als undemokratisch zugunsten eines autoritären und antipluralistischen pseudodemokratischen Präsidialregimes kritisiert: „Nach demokratischen Prinzipien müßte man sagen, daß ein vom ganzen Volk gewählter Präsident mehr Autorität haben wird als ein von dem gleichen Volk gewähltes Parlament“ (S. 25). „Das Merkwürdige ist: in unserer demokratischen Verfassung erscheint nirgends das versammelte Volk, immer gibt es nur versammelte Vertreter, das aus der Masse herausgenommene Individuum“ (S. 48). „Jede Demokratie setzt volle Homogenität des Volkes voraus“ (S. 49). „Es ist ja sozusagen das Existenzprinzip der Partei, daß sie als Partei gegen den Staat ist“ (S. 63). „Das Nebeneinander mehrerer solcher totaler Gebilde“, gemeint sind die Parteien, „die auf dem Wege über das Parlament den Staat beherrschen und ihn zum Objekt ihrer Kompromisse machen, führt zu jener merkwürdigen quantitativen unterschiedslosen Ausdehnung des Staates auf alle Gebiete“ (S. 75). „Wir brauchen zuerst einmal einen starken handlungsfähigen, seinen großen Aufgaben gewachsenen Staat. Haben wir ihn, so können wir neue Einrichtungen, neue Institutionen, neue Verfassungen schaffen“ (S. 83).

„Hitlers deutscher Rechtsstaat“

Diese Kritik mündete konsequenterweise in der geistigen Legitimation des autoritären Staates des italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus. „Es ist zu beachten, was auch schon für den faschistischen Staat geltend gemacht worden ist, daß ein starker Staat mit unbestrittener

politischer Führung eher und wirksamer imstande ist, die Sicherheit und Zuverlässigkeit des öffentlichen Lebens wie der privaten Sphäre zu gewährleisten. ... Soll also das problematische Wort Rechtsstaat auch für den nationalsozialistischen Staat übernommen und durch ihn überwunden werden, so scheint mir die beste ... Umprägung in der Formel zu liegen ... der deutsche Rechtsstaat Adolf Hitlers“ (S. 116f.). „In der „Auffassung des Rechtsstaates als des bloßen Gegensatzes gegen den Unrechts- oder Machtstaat bekundet sich nichts anderes als der Sieg der bürgerlich-individualistischen Gesellschaft über Recht und Staat“ (S. 121).

Auch eindeutig antisemitische Stellungnahmen von Schmitt finden sich in der Edition: „Zu diesen drei, die Entwicklung juristischer Raumtheorien bestimmenden, teils verfassungsrechtlich, teils naturwissenschaftlich bedingten Faktoren tritt dann gerade hier der jüdische Einfluß als eigenes viertes Moment deutlich hinzu. Jedem, der sich in das Studium des letzten Entwicklungsabschnittes dieser Lehren vom Staatsgebiet vertieft, fällt auf, in welchem Maße jüdische Autoren, deren Meinungen sich sonst auf die entgegengesetzten Theorien und Richtungen zu verteilen pflegen, hier plötzlich einmütig die Entwicklung zur leeren Raumvorstellung vorwärtstreiben. ... Das eigentümliche Mißverhältnis des jüdischen Volkes zu allem, was Boden, Land und Gebiet angeht, ist in seiner Art politischer Existenz begründet“ (S. 317). Zwar finden sich in den nachgedruckten Texten auch eine kritische Passage zur NS-Politik: „Die Expansionspolitik Hitlers war so primitiv, daß ihr jede wissenschaftliche Analyse gefährlich werden mußte“ (S. 462). Aber hierbei handelt es sich lediglich um eine interessengeleitete Einschätzung aus dem Jahre 1947 gegenüber dem Schmitt-Ankläger Robert Kempner.

Vergegenwärtigt man sich allein die exemplarisch genannten Zitate, so wird noch unbegreiflicher, wie selbst aus apologetischer Sicht aus Schmitt ein Verteidiger der Republik gemacht werden kann. Hinzu kommt noch, daß von Maschke bestimmte, durchaus wichtige Texte von Schmitt aus dem Zeitraum zwischen 1916 und 1969 nicht nachgedruckt wurden: Dazu gehört z. B. die Rechtfertigung der Morde im Juni 1934 in dem Aufsatz „Der Führer schützt das Recht“ (1934) oder der Text des antisemitischen Vortrags „Das Judentum in der Rechtswissenschaft“ (1936). Schmitt mag selbst

während der NS-Zeit kein glühender Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie gewesen sein, standen doch seine katholische Prägung wie etatistische Orientierung in einem Spannungsverhältnis zum völkischen Denken. Gleichwohl war Schmitt ein entschiedener Gegner der Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates und rechtefertigte mit seinem Werk nicht nur die Errichtung einer Diktatur, sondern auch deren territoriale Expansionspolitik. Entgegen den Absichten des Herausgebers offenbaren die Originaltexte dies bei genauer Lektüre - und widerlegen damit die Legende vom angeblichen Anhänger einer starken Republik.

Armin Pfahl-Traugher

Mit der rechten Gesinnung

Für Aufmerksamkeit sorgte das „Krefelder Forum Freies Deutschland“ anlässlich einer Flugblattaktion im Oktober 1995. Der für das Krefelder Forum Verantwortliche, Hans-Ulrich Höfs (44), verteilte das volksverhetzende Pamphlet bei einer Veranstaltung der „Gesellschaft Bürger und Polizei“ in Krefeld. Mit Schreiben vom 11. Januar 1996 (Az.: 21 Cs 8 Js 937/95, 21-14/96) erließ daraufhin das Amtsgericht Krefeld einen Strafbefehl in Höhe von 9.000 Mark (150 Tagessätze à 60 Mark) gegen den Initiator und Bundesvorsitzenden des rechtsextremen Forums, Höfs. Im Mai verfügte das Krefelder Amtsgericht die Beschlagnahme des Flugblattes. Der erneute, auszugsweise Nachdruck des inkriminierten Flugblatts in einer neuen Flugschrift „Mit Strafjustiz gegen die Meinungsfreiheit“, das im übrigen auch im Periodikum der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG), den „HNG-Nachrichten“, nachgedruckt wurde, brachte Höfs wiederum Ärger mit der Staatsanwaltschaft Krefeld ein. Schriftlich wurde Höfs von den Strafverfolgern darauf hingewiesen, daß er nach dem neuen nordrhein-westfälischen Landespressegesetz sich auch damit strafbar mache. Im August 1996 fand der Prozeß gegen Höfs statt. Das lokale Amtsgericht verurteilte Höfs zu einer Geldstrafe in Höhe von 7.200 Mark. Höfs hat in der Zwischenzeit Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt.

Die politische Karriere von Höfs begann beim 1950 als „Vereinigung Heimatvertriebener Deut-

scher Studenten“ (VHDS) gegründeten „Ostpolitischen Deutschen Studentenverband“ (ODS). Im Wintersemester 1980/81 war Höfs stellvertretender Vorsitzender der ODS-„Hochschulgruppe Pommern zu Göttingen“. Später ging Höfs in den Bundesvorstand der 1984 umbenannten Studentenorganisation des „Bundes der Vertriebenen“ auf. Von 1986 bis 1987 amtierte Höfs dann als Bundesvorsitzender des rechtsextremen „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“ (GDS). Einer seiner damaligen Stellvertreter war der langjährige Autor der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), Peter Boßdorf (34). 1989 verließ Höfs nach langjähriger Mitgliedschaft die CDU und schloß sich der Partei „Die Republikaner“ an. Seine kurzzeitige Karriere bei den „Republikanern“ erbrachte ihm das Amt des Krefelder REP-Kreis-

vorsitzenden. Anfang der 90er Jahre fungierte der promovierte Diplom-Chemiker Höfs als „Vertrauensratsvorsitzender des GDS“. Parallel existierte als lokaler JF-Lesekreis ein „Gesprächskreis Deutsche Politik“ unter der alten Kontaktadresse der Krefelder GDS-Hochschulgruppe.

In jüngster Zeit beteiligte sich der „Gesamtdeutsche Studentenverband“ beim 1995 initiierten „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD). Im März vergangenen Jahres war eine Vortragsveranstaltung mit dem 72jährigen österreichischen Altnazi Herbert Schweiger im Krefelder Stadtteil Uerdingen geplant. Die Inhaftierung Schweigers wenige Tage vor den angekündigten Terminen verhinderte jedoch dessen Vortragsreise in die Bundesrepublik Deutschland. Sönke Braasch

Verfassungsschutz zum Hinschauen

Eine Schau über die rechtsextremistische Szene in der Bundesrepublik Deutschland präsentiert seit Dezember vergangenen Jahres das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Ausstellung „Rechtsextremismus in Deutschland“ dokumentiert anschaulich die Bandbreite rechtsextremistischer Erscheinungsformen. Beklemmend die Landkarte mit den Schauplätzen brutaler rechtsextremistischer Gewalttätigkeiten in den Jahren 1991 bis 1995; mit einem Kreuz versehen sind die Orte, an denen Menschen durch Rechtsextremisten getötet bzw. ermordet wurden. Darüberhinaus finden sich zahlreiche Informationen über die rechtsextremistische Szene. Auf einer Schautafel werden die wichtigsten Gruppen und Organisationen sowie deren Publikationen kurz dargestellt, in Schaukästen neben neonazistischem Propagandamaterial und Devotionalien auch Waffen vorgeführt. Ein besonderes Augenmerk richtet das Bundesamt dabei auf die rund 6.000 militanten Rechtsextremisten und Skinheads mit ihrem gewaltverherrlichenden Textgut. Aufgezeigt wird aber ebenso, wie sich Rechtsextremisten die moderne Kommunikationstechnologie zu Nutzen machen und international vernetzt sind.

„Demokratie ist verletzlich“ lautet der Untertitel der Ausstellung und in diesem Sinne will sich der Verfassungsschutz als Element der wehrhaften Demokratie verstanden wissen. Insbesondere soll

Schülern Einblick in die menschenverachtende Ideologie und Praxis von Rechtsextremisten gewährt werden. Hintergedanke der Darstellung sei ebenfalls, die Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, Rechtsextremismus als solchen zu erkennen, so der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Peter Frisch bei der Ausstellungseröffnung am 17. Dezember in Bonn; beispielsweise bei Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“. Ein wachsames Auge müsse auch auf den Versuch der Intellektualisierung des Rechtsextremismus gerichtet bleiben, dessen Vertreter sich gerne ein vorgeblich demokratisches Mäntelchen umhängen, so Frisch. Bei den rechtsextremistischen Parteien stehen für den Verfassungsschutz-Chef an erster Stelle die „Republikaner“; der Bundesvorsitzende Rolf Schlierer hätte zwar kosmetische Korrekturen vorgenommen, nach Einschätzung von Frisch könnte er jedoch weitaus mehr tun, insbesondere auf der nachgeordneten Ebene der REP-Hierarchie.

Die Ausstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz „Rechtsextremismus in Deutschland“, die erstmals vom 17. Dezember 1996 bis 3. Januar 1997 im Bonner Stadthaus zu besichtigen war, wird vom 8. Januar bis 5. Februar im Mainzer Rathaus zu sehen sein. Von dort aus soll sie nach Ludwigshafen, Berlin, St. Augustin bei Bonn, Bad Kissingen und danach in die neuen Bundesländer gehen.

Info: Bundesamt für Verfassungsschutz Köln, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Merianstraße 100, 50765 Köln; Tel. 0221/792-3838, Fax -/792-1247.

BNR-INTERVIEW

In den Fängen der Krake

Zehn „Inoffizielle Mitarbeiter“ sollen vom „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) der DDR auf den Parteivorstand der „Republikaner“ angesetzt worden sein. Das zumindest behauptet der Ex-Vorsitzende Franz Schönhuber. Schönhuber hat nach eigenen Angaben inzwischen in der Gauck-Behörde Einblick in seine „Akte“ genommen.

Tatsache ist freilich, daß das MfS mit großem Aufwand versucht hat, Informationen über rechtsextreme und neonazistische Gruppen in der Bundesrepublik zu gewinnen. Die Zuständigkeit lag u.a. bei der Abteilung XXII („Terrorabwehr“). Mit deren Arbeit befaßt sich Tobias Wunschik, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Christian Nigl befragte für den „blick nach rechts“ Tobias Wunschik zu den Methoden und Erkenntnissen der Stasi beim Ausspähen des bundesdeutschen Rechtsextremismus.

BNR: Welches Bild hat sich die Abteilung XXII über den bundesdeutschen Rechtsextremismus gemacht?

Tobias Wunschik: Für das MfS als Schild und Schwert der Partei war jede Gewaltbereitschaft, die aus dem Rechtsextremismus erwuchs und sich unter Umständen gegen die DDR richten konnte, ein großer Unsicherheitsfaktor, dem es sich mit Akribie widmete. Prinzipiell überschätzt wurde dabei die Gewaltbereitschaft des rechtsextremen Milieus. Bei der Liste der Feindorganisationen orientierte sich die Abteilung 22 an den Veröffentlichungen der westdeutschen Verfassungsschutzbehörden. Die Zahl der rechtsextremen Organisationen im Jahr 1987 wurde dabei auf etwa 70 geschätzt, die Zahl der Mitglieder auf etwa 25.000. Die Abteilung XXII/1 konnte davon rund 2.000 Personen namentlich identifizieren. Grundsätzlich kann man sagen, daß die Abteilung alle Organisationen, die in der Szene Rang und Namen hatten, bearbeitete - angefangen von „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) bis in

zur NSDAP/AO, die eine Gruppe im Westteil von Berlin unterhielt.

BNR: Es waren vornehmlich neonazistische Kleingruppen, die im Visier der Abteilung XXII/1 standen, weniger aber die rechtsextremen Parteien. Wie läßt sich das erklären?

Tobias Wunschik: Die Abteilung XXII verstand sich als vermeintliche Terrorabwehr des MfS. Sie war dann zuständig, wenn die betrachtete Organisation eine latente Aktionsbereitschaft erkennen ließ. Grundsätzlich lagen rechtsextreme Parteien wie die DVU oder die NPD in der Zuständigkeit der Auslandsaufklärung von Markus Wolf, also der Hauptverwaltung II.

BNR: Gab es zwischen den Dienststellen eine Abstimmung darüber, wer welche Organisationen zu bearbeiten hatte?

Tobias Wunschik: Das MfS führte eine sogenannte Feindobjektliste, die „Geheime Verschlusssache 4/85“, die ungefähr 250 Organisationen umfaßte - parteinahe Stiftungen, Tageszeitungen und Organisationen des politischen Extremismus. Diese GVS legte präzise fest, welche Dienstseinheit für welche Organisation im Westen zuständig war. Die Erkenntnisse, die über offizielle oder inoffizielle Kanäle gewonnen wurden, wurden untereinander ausgetauscht.

BNR: Woher bezog die Abteilung ihre Informationen?

Tobias Wunschik: Das geschah durch den Einsatz inoffizieller Kräfte, aber auch durch Sammlung offiziell zugänglicher Informationen, indem das Schrifttum des bundesdeutschen Extremismus ausgewertet wurde. Es wurden aber auch inoffizielle Mitarbeiter geworben und diese in Westdeutschland zum Einsatz gebracht.

BNR: Inwieweit hatte die Abteilung Erfolg bei ihrer Arbeit?

Tobias Wunschik: Es gab immer wieder „Glücksfälle“ wie etwa Odfried Hepp, der sich als Quelle abschöpfen ließ und dem MfS intime Kenntnisse über die rechtsextreme Szene vermittelte. Grundsätzlich war der Ansatzpunkt, die ostdeutschen Verwandten westdeutscher Rechtsextremisten zu verpflichten, diese dann zu Reisen in die Bundesrepublik zu schicken und sie nachforschen zu lassen, was ihre Westverwandten demnächst denn so vorhätten. Das war für das MfS ein probates Mit-

tel, um über Absichten und Tendenzen in der rechtsextremen Szene Kenntnisse zu erhalten. 1988 wurden zum Beispiel allein von der Abteilung XXII/1 zwei „Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindverbindung“ (IMB, höchste Kategorie der Inoffiziellen Mitarbeiter) gegen die „Nationalistische Front“ eingesetzt, gegen die „Grauen Wölfe“ zwei IMB und zwei „Inoffizielle Mitarbeiter für Sicherheit“ (IMS), gegen die „Kampfgruppe Priem“ ein IMB sowie ein IM-Vorlauf, der zur förmlichen Mitarbeit erst noch geworben werden mußte, und gegen Peter Naumann und seinen „Völkischen Bund“ zwei IMB. Bei den IMs handelte es sich meist um Bürger der DDR, weil diese sich leichter werben ließen. Außerdem sprachen Vorteile in der Konspiration dafür, wenn die Quellen im Osten wohnten.

BNR: Hatten die Informationen, die das MfS über die Inoffiziellen Mitarbeiter bekommen hat, einen Neuigkeitswert. Oder bestätigten sie nur, was über öffentlich zugängliche Quellen ohnehin zu erfahren gewesen wäre?

Tobias Wunschik: Es waren teilweise sehr wohl harte Fakten. Die Abteilung XXII hat sich zum Beispiel - in Zusammenarbeit mit anderen Dienststeinheiten bemüht, die Zahl der V-Männer der bundesdeutschen Staatsschutz-

behörden innerhalb der rechtsextremen Szene in Erfahrung zu bringen.

BNR: Konnte das MfS auch Rechtsextremisten werben?

Tobias Wunschik: Bei Rechtsextremisten hatte das MfS immer wieder Schwierigkeiten mit der Werbung. Ihre eigenen Planvorgaben bezüglich der Zahl der zu gewinnenden IMs konnte die Abteilung XXII/1 in der Regel nur zur Hälfte erfüllen.

BNR: Worin lag dafür die Ursache?

Tobias Wunschik: Die Mitarbeiter der Abteilungen hatten zu Jahresende Päne zu erstellen mit genauen Terminen und Zuständigkeiten für das kommende Jahr. Wenn die Quoten zur Werbung von IM nicht erfüllt wurden, dann gab es rigide Kritik der Vorgesetzten. Eine tiefere Ursachenforschung hat das MfS nicht betrieben. Im Nachhinein kann man feststellen, daß die Berührungängste bundesdeutscher Rechtsextremisten geringer waren, als man vermuten könnte, wie der Fall von Odfried Hepp zeigt. Ein anderes Beispiel ist Karl-Heinz Hoffmann, der Ende der achtziger Jahre das MfS ersucht hat, ihm beim Vertrieb seines Buches „Verrat und Treue“ in der Bundesrepublik zu helfen. Darauf hat das MfS allerdings nicht reagiert. Interview: Christian Nigl

Traditions- verständnis

Bonn - Wenig Neigung zur Distanz läßt die Bundesregierung in bezug auf die revanchistische Organisation „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR) verspüren. Die Bündnisgrünen-Abgeordneten Annelie Buntenbach, Antje Hermenau, Winfried Nachtwei und die Grünen-Bundestags-Fraktion hatten das Jahrestreffen der Ewiggestrigen am 18./19. Oktober vergangenen Jahres in Dresden (der „blick nach rechts“ berichtete) zum Anlaß genommen, die Bundesregierung zu ihrer Haltung zur OdR zu befragen. Nach Informationen der Bündnisgrünen findet sich in dem Organ der 1954 gegründeten, heute noch 650 Mitglieder zählenden OdR revisionistisches Gedankengut, ebenso werde die „‘Umerziehung’ des deutschen Volkes beklagt und dazu aufgerufen, ‘nicht ewig zu büßen’“. Des weiteren würde in

dem OdR-Organ „Das Ritterkreuz“ regelmäßig für rechtsextreme Verlage wie den FZ-Verlag des Dr. Frey oder die „Verlagsgesellschaft Berg mbH“ geworben. Auch hätten „Ritterkreuzträger“ an den jährlich stattfindenden Gedenkfeiern auf dem Ulrichsberg bei Klagenfurt, wobei Veteranen der Waffen-SS tonangebend und auch Rechtsextremisten und Neonazis mit von der Partie sind, teilgenommen. Für das Bundesverteidigungsministerium bieten derartige Vorkommnisse jedoch offensichtlich keinen Anlaß, die „Ordensgemeinschaft“ in einem kritischeren Licht zu betrachten. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bündnisgrünen vom 6. Dezember vergangenen Jahres (BTDRs 13/6542) wird das Grußwort eines hochrangigen Bundeswehrangehörigen an die OdR-Teilnehmer sowie die ursprünglich geplante Teilnahme der Bundeswehr an dem Treffen als „Zeichen kameradschaftlicher Verbundenheit“ bewertet. Ebenso sieht die Bundesregierung weiterhin keinen Grund, sich künftig von der „Ordensgemeinschaft“ zu distanzieren.

BÜCHERSCHAU

Wissenschafts- freiheit?

Geschichtsrevisionistische Thesen auf dem Prüfstand

„Die Exterminationisten führen für ihre Erkenntnis eine Fülle von Zeugenaussagen an und untermauern sie mit Dokumenten aus der damaligen Zeit. Ihre Arbeitsmethodik ist die der Sozial- und Geschichtswissenschaft. Die Revisionisten belegen ihre Schlußfolgerung mit forensischen Untersuchungen von Spuren, die in den Konzentrationslagern gefunden wurden und behaupten, eine Reihe der Dokumente, die von den Exterminationisten vorgelegt worden sind, als Fälschungen entlarvt zu haben. Ihre Arbeitsmethodik ist die der Naturwissenschaft, teilweise der Geschichtswissenschaft.“, schreibt Frederick E. Peterman in seinem „Plädoyer für Toleranz“ in den „Staatsbriefen“ (9-10/96, S.30 - 34). „Exterminationisten“ werden in diesem Sprachgebrauch diejenigen Wissenschaftler genannt, die die industrielle Massenvernichtung der europäischen Juden durch die Nazis als historische Tatsache anerkennen. Die „Revisionisten“ leugnen dies, werden deshalb z.B. im französischen wissenschaftlichen Diskurs auch exakter als Negationisten (Leugner) bezeichnet. Peterman demonstriert in dieser Passage seine Aufsatzes gleich zwei häufige Methoden der negationistischen Argumentation. Er reklamiert einerseits Wissenschaftlichkeit für die „revisionistischen“ Werke, da sie sich wissenschaftlicher Verfahrensweisen bedienen und unterstellt zugleich implizit bei ihren Ergebnissen einen höheren Wert als bei denen der anerkannten Wissenschaft, da sie sich angeblich naturwissenschaftlicher Methoden bediene. Im Alltagsverständnis nämlich gelten die Naturwissenschaften als exakte Wissenschaften, die Geisteswissenschaften dagegen stehen stets unter Ideologieverdacht.

In der Tat behaupten etliche Negationisten (z.B. Leuchter, Lüftl, Germar Rudolf), zu ihrer Behauptungen durch naturwissenschaft-

liche, besonders chemische Untersuchungen gelangt zu sein. Deshalb kann es als eine richtige Entscheidung gelten, die Auseinandersetzung mit dieser Form der negationistischen Propaganda in den Mittelpunkt des Sammelbandes „Die Auschwitzleugner“ zu stellen. Der längste Beitrag, verfaßt von Josef Bailer, steht unter der Überschrift „Die ‘Revisionisten’ und die Chemie“, ein weiterer aus der Feder von Brigitte Bailer-Galanda befaßt sich mit „Leuchter und seine(n) Epigonen“. Im Anhang der kurzen Darstellung der „Verbrechen von Auschwitz“ durch die gleiche Autorin findet sich der Abdruck einer deutschen Übersetzung eines Gutachtens des Instituts für Gerichtsexpertisen in Krakau aus dem Dezember 1945, dessen toxikologische Untersuchungen in Bezug auf Auschwitz die heutigen „Forschungsergebnisse“ der Negationisten ad absurdum führen. In jedem der Beiträge wird deutlich herausgearbeitet, daß die Veröffentlichungen der Negationisten weder exakt noch wissenschaftlich sind. So weist Bailer-Galanda darauf hin, daß vom sogenannten „Leuchter-Report“ zwei unterschiedliche deutsche Fassungen existieren, deren Differenzen weit über verschiedene Übersetzungen hinausgehen. Lügt ein Autor allzu dreist, so fälschen ihn seine Epigonen einfach. Zu seiner Ehrenrettung und im Namen der Wissenschaft selbstverständlich.

Gerade die Darstellung der Fälschungsmethoden der Negationisten und die Konfrontation ihrer Propaganda mit der Wirklichkeit macht „Die Auschwitzleugner“ auch zu einem Handbuch für die Praxis. Wenn z.B. der Osteuropaspezialist des deutschen Rechtsextremismus, Wolfgang Strauss, in den „Staatsbriefen“ zum wiederholten Mal über den Überfall der NS-Wehrmacht auf die UdSSR behauptet: „Es war kein Überfall, es war ein Gegenangriff“, dann finden sich in dem Aufsatz von Gerd R. Ueberschär, Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, die Belege für das Gegenteil. Dies zeigt, daß der Band breiter angelegt ist als es der Titel vermuten läßt. Zwar liegt der Schwerpunkt des Buches auf der Auseinandersetzung mit den Auschwitzleugnern im deutschsprachigen Raum, was eine sinnvolle Ergänzung der Darstellung durch Deborah Lipstadt ergibt, doch

finden sich ebenso Kapitel über die internationale Negationisten-Szene (Juliane Wetzel), die Rolle der Presse Gerhard Freys in der negationistischen Kampagne (Fabian Virchow), antisemitische Propaganda per Internet und Mailbox (Martin Dietzsch/Anton Maegerle), den Umgang der Justiz mit der Holocaust-Leugnung (Anja Weusthoff) und Überlegungen für die Schulpraxis (Adelheid Schmitz). Eine nützliche Ergänzung bildet die umfangreiche Vorstellung „revisionistischer“ Autoren und ihrer Publikationen durch Wilhelm Lasek im Anhang.

Weniger gelungen ist die schmale Literaturliste zur Weiterführung, die nicht kommentiert ist und deren Zusammenstellung kaum einleuchtet. Den Herausgebenden und Autorinnen und Autoren nicht zum Vorwurf gemacht werden kann der schlampige Umgang, den der Verlag ihren Texten angedeihen ließ. Wenn schon auf der ersten Seite des Inhaltsverzeichnisses drei Druckfehler ins Auge springen, dann spricht dies kaum für eine gründliche Lektoratsarbeit. Insgesamt aber erweist sich der Band, der renommierte Wissenschaftler mit noch unbekannten Newcomern zusammenführt, als hervorragende Arbeitshilfe in einem Themengebiet, dem in Zukunft, so steht zu befürchten, wohl noch stärkere Bedeutung zukommen wird.

Denn die Voraussage des konservativen irischen Diplomaten Connor Cruise O'Brien in der „Times“ am Vorabend der deutschen Einigung, daß damit zwangsläufig der „Revisionismus“ in Deutschland zunehmen werde, da eine nunmehr mögliche offensivere und unabhängigere Außenpolitik einer entsorgten Vergangen-

heit bedürfe, hat sich leider bewahrheitet. Selbstverständlich sind dafür die Machwerke der nazistischen „Revisionisten“ kontraproduktiv. Gebraucht wird ein „Revisionismus light“, der in dem Band ebenfalls kurz - zu kurz - durch Wolfgang Wippermann behandelt wird. Als Beispiel für diesen „Revisionismus light“ sei an dieser Stelle der Professor an der Bundeswehrhochschule Franz W. Seidler genannt, dessen jüngstes Werk, ein Lexikon über „Die Kollaboration“, zwar von Klaus Theweleit in einer Rezension als „Nazischinken“ und „unverfroren faschistisch“ (TAZ v. 30.3.96) bezeichnet wurde, der aber der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag wissenschaftlich genug erschien, um als Gutachter bei der Anhörung zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure zu dienen. Ein weiterer Fall ist Joachim Hoffmann, ehemaliger wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, der in seinem Buch „Stalins Vernichtungskrieg“ wie Wolfgang Strauss den Überfall auf die UdSSR zum Präventivkrieg erklärt und als Unterzeichner des revisionistischen „Appell der 100“ (FAZ v. 17.5.96) ebenso wie Staatsbriefe-Autor Peterman die Meinungsfreiheit durch die juristische Verfolgung der Negationisten in Gefahr sieht. In diesem Grauzonenbereich, der sich von den schmutzigen Auschwitzleugnern fern hält, dürfte wohl in Zukunft die Hauptauseinandersetzung stattfinden. Doch dies macht den Kampf gegen die Negationisten ebenso nicht überflüssig wie das vorliegende Buch.

Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Die Auschwitzleugner. „Revisionistische“ Geschichtslüge und historische Wahrheit; Berlin: Elefanten Press 1996, 396 S., 39.90 DM Volkmar Wölk

Tagebuch

Berlin - Als leitender Redakteur der neonazistischen „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ), von der nach längerer Pause wieder eine Ausgabe erschienen ist, fungiert jetzt gleichzeitig Herausgeber Frank Schwerdt. Der bisherige leitende Redakteur der BBZ, Christian Wendt, kann dieses Amt wegen Schwierigkeiten mit der deutschen Justiz bis auf weiteres wohl nicht mehr ausüben.

Schwerdt war im September vergangenen Jahres vom Berliner Landgericht wegen Volksverhetzung und der Herstellung und Verbreitung von NS-Propagandamaterial zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Der ebenfalls angeklagte Wendt war zur Verhandlung nicht erschienen, nach ihm wird gefahndet.

Berlin - Das Bundesverwaltungsgericht hat zugunsten der „Republikaner“ eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom Dezember

1995 aufgehoben. Die REP können nun in einem Revisionsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht ihr Recht auf eine Parteistiftung klären lassen, deren Genehmigung das OVG Münster abgelehnt sowie die Klage abgewiesen hatte.

Düsseldorf - Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz ist seit Ende vergangenen Jahres im Internet zu erreichen. „Mit diesem Medium werden schnell und aktuell Daten, Fakten und Analysen über extremistische Bestrebungen angeboten, die für die Auseinandersetzung mit dem Extremismus nützlich sind“, erklärte dazu NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola. Per Internet will der NRW-Verfassungsschutz Computerspiele insbesondere für Jugendliche anbieten, die auf die eigene Festplatte geladen werden können. In Kürze soll beispielsweise das Spiel „Im Netzwerk gefangen - Dunkle Schatten 2“ eingespeist werden, das aktuelle rechtsextremistische Entwicklungstendenzen aufgreift und in den weltweiten Netzwerken und Mailboxen angesiedelt ist.

Duisburg - Auf eine kleine Anfrage der Gruppe der PDS teilte die Bundesregierung (BT-Drucksache 13/6159) mit, daß Aktivitäten des am 12. August 1990 in Bonn gegründeten „Bundes für Gesamtdeutschland“ (BfG) im Rahmen des Beobachtungsfeldes „Rechtsextremistische Bestrebungen“ ausgewertet würden. Anhaltspunkte für rechtsextreme Bestrebungen des Bundes seien u.a. „die antidemokratische Haltung des BGD, revisionistische und ansatzweise auch fremdenfeindliche Äußerungen sowie die Angebote an rechtsextremistische Gruppierungen zur Zusammenarbeit.“ Bundesvorsitzender des Bundes ist Horst Zaborowski (Duisburg), Geschäftsführer i.R., der seine rechtsextreme Grundhaltung auch im Thule-Netz kundtut.

Hamburg/Chicago - Daß die Scientology-Organisation mit allen möglichen Mitteln gegen Kritiker vorgeht, ist seit langem bekannt. Neu ist, daß der Psycho-Konzern jetzt die Kritiker samt Namen und Adresse verkauft. Wie das Hamburger Abendblatt berichtet, mußte die US-amerikanische Sektenberatungsstelle „Cult Awareness Network“ (CAN) nach verschiedenen Prozessen Konkurs anmelden. Ein Treuhänder versteigerte Namen, Logo, Telefonnummer und Postfach-Adresse von CAN. Für 20.000 US-Dollar erhielt ein Scientologe den Zuschlag. Ein anderer will von Treuhänder 270 Karteikästen mit vertraulichen Informationen über aktuelle und ehemalige Sektenmitglieder ersteigern. Ehemalige CAN-Mitglieder fürchten, daß Hilfesuchende nun

unwissentlich an Scientologen geraten, wenn sie sich an die bisherige Sektenberatung wenden.

Hessisch-Lichtenau - „Unser politischer Freundeskreis feiert Geburtstag. 20 Jahre Volksaufklärung“ jubiliert der notorische Rechtsextremist Wolfgang Juchem (geb. 1940), einst Mitglied der „Deutschen Volksunion“ (DVU), in seinen Rundbrief „Volkstreue Stimme“. Seinem Kameradenkreis teilt Juchem, Kopf der „Aktion Freies Deutschland“ (AFD; Sitz: Hess.-Lichtenau) mit: „Wir wissen, daß unsere Arbeit nicht umsonst sein wird. Das korrupte antinationale System der Volksvergessenen wird schon in absehbarer Zeit an seinen eigenen Widersprüchen und an eigener Fäulnis zusammenbrechen.“ Wie bei vielen rechtsextremen Postillen üblich, bittelt auch Juchem, Unterzeichner der FAZ-Anzeige zur Veranstaltung am 3. Oktober 1996 am Kyffhäuser (Redner: Hans-Helmut Knütter), um Spendengelder: „Bitte helfen Sie mir auch am Ende dieses Jahres wieder mit einer Spende“.

Hirschberg (Rhein-Neckar-Kreis) - Der ehemalige Neonazi-Söldner Uwe Herker ist tot. Der vorbestrafte gelernte Metzger verstarb im Alter von 24 Jahren an den Folgen des Konsums von Heroin. Herker stieß Anfang der 90er Jahre zur „Aktionsfreiheit Nationaler Kameraden“ um Manfred Huck (32), einem regionalen Ableger der noch von dem 1991 verstorbenen Michael Kühnen gegründeten neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Von Januar 1993 bis Ende 1994 nahm Herker knapp zwei Jahre als Söldner auf Seiten der Kroaten bei einer Ausländereinheit am Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien teil. Huck hatte den damals per Haftbefehl gesuchten Herker zwischendurch illegal aus Österreich über die Grenze in die Bundesrepublik gebracht. Ziel war die Teilnahme Herkers an einem Treffen bei Kurt (66) und Ursula (62) Müller in Mainz-Gonsenheim am 17. April 1993. Der gebürtige Dresdner Herker reiste in den 1989 legal aus der DDR aus, was ihm schnell den Spitznamen Honecker in seiner neuen Heimat einbrachte.

Kassel - Die „Republikaner“ wollen zu den Kommunalwahlen am 2. März d.J. in Kassel antreten. Auf den ersten Platz der Kandidatenliste wurde die Stadtverordnete Christine Mey gekürt; ihr folgen Ramona Autsch und Heilo Werner.

Kiel/Hamburg - Eine ganzseitige Anzeige des verfassungsfeindlichen Arndt-Verlages (Kiel) fand

sich in einer der letzten Ausgaben der revanchistischen Wochenpostille „Das Ostpreußenblatt“ (Folge 48; Sitz: Hamburg). Angeboten werden u.a. Bücher von ausgewiesenen Rechtsextremisten wie Gustav Sichelschmidt („Deutschland verblödet“), Andreas Mölzer („Volkstribun Haider“) und Sven Eggers („So lügt das Fernsehen“). Auch im Angebot: Emmy Göring „An der Seite meines Mannes“.

Ludwigshafen - Vom Amtsgericht Ludwigshafen wurde am 17. Dezember 1996 der neonazistische Skinhead Christian Hehl (27) wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer einjährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Zusätzlich muß der mehrfach vorbestrafte Hehl die Gerichtskosten tragen. Der ehemalige Funktionär der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ hatte zusammen mit weiteren Neonazis Ende 1995 Mitglieder der lokalen autonomen Szene in einer Gaststätte im vorderpfälzischen Speyer tätlich angegriffen. Hehl verbüßte bis vor kurzem eine Haftstrafe wegen Landfriedensbruch - im Zuge der verhinderten Gründung der „Stuttgarter Kameradschaft“ im November 1994 war er zu fünfzehn Monaten Haft verurteilt worden - in Koblenz. Gegen Hehl hat in der Zwischenzeit seine Krankenkasse Anzeige erstattet. Hehl entzog sich anlässlich des „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“ in Worms vom 17. August dem Zugriff der Polizei. Statt dessen simulierte der arbeitslose Hehl einen Kreislaufkollaps, um so, unter Angabe falscher Personalien, vom Roten Kreuz ins Krankenhaus transportiert zu werden. Drei weiteren, bislang noch nicht identifizierten Teilnehmern des braunen Aufmarsches in Worms gelang es ebenfalls, als Simulanten aus dem Polizeikessel zu entkommen.

Magdeburg - Der Harz hat sich nach Einschätzung der Landesregierung von Sachsen-Anhalt zum Zentrum rechtsextremistischer und neonazistischer Aktivitäten entwickelt. Dies teilte die Landesregierung auf eine Große Anfrage der PDS-Fraktion mit. Unter den Organisationen, die den Behörden bekannt sind, seien u.a. der „Deutsche Freundeskreis Nordharz“, die „Harzfront“, der „Harzer Heimatschutzbund“ sowie die „Harzblickszene“ zu nennen. Neonazistische Strukturen sind nach Angaben der Landesregierung auch in den Regionen Naumburg und Wittenberg verankert. Nach Mitteilung des PDS-Landtagsabgeordneten Matthias Gärtner sollen Mitglieder der PDS sowie von Bündnis 90/Die Grünen inzwischen offen von rechtsextremistischen Kreisen bedroht werden.

Mannheim - Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert (56) wurde vom Mannheimer Amtsgericht am 3. Dezember zu einer weiteren Haftstrafe in Höhe von zwei Monaten verurteilt. Deckert hatte im Rahmen einer Verhandlung am Mannheimer Landgericht vom 17. April 1996 (vgl. BNR 9/96) wiederholt Polizeibeamte beleidigt. Verteidigt wurde der einstige Gymnasiallehrer Deckert von Ludwig Bock (54). Deckert, inzwischen NPD-Vize, legte sofort Rechtsmittel gegen das AG-Urteil ein. Nach Abschluß aller offenen bzw. noch nicht rechtskräftigen Verfahren soll eine Gesamtstrafe gebildet werden. Derzeit verbüßt Deckert eine 25monatige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal.

Marl/NRW - Auf der Generalversammlung des rechtsextremen „Deutschen Arbeitnehmerverbandes“ (DAV) wurde der bisherige Bundesvorsitzende Kurt Stuhlemmer (Calberlah/ Niedersachsen) in seinem Amt bestätigt. Zu seinem Stellvertreter wurde Peter Markert (Bochum) wiedergewählt. Sowohl Stuhlemmer als auch Markert gehören der NPD an. Der DAV hat nach eigenen Angaben 20.000 Mitglieder in seinen Reihen. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer weisen programmatische Aussagen des DAV „Übereinstimmungen mit NPD-Gedankengut auf, eine Teilaussage lehnt sich sogar an das Programm der NSDAP von 1920 an“ (Spiegel 5/1993). Die DAV-Bundesgeschäftsstelle residiert im nordrhein-westfälischen Marl. Grußredner auf der Veranstaltung war der Anti-Antifa-Strategie Alfred Mechtersheimer.

Paris/Strassburg - Der FN-Politiker Bruno Megret hat nach einer Entscheidung des Staatsrats, des höchsten französischen Verwaltungsgerichts, sein passives Wahlrecht verloren. Wegen Überschreitung der Wahlkampfkosten darf der Rechtsextremist, nach Parteichef Le Pen die Nummer zwei des Front National, für ein Jahr lang nicht mehr bei Wahlen in Frankreich kandidieren. Megret will sich bei der Wiederholung der Kommunalwahlen in Vitrolles nun durch seine Frau vertreten lassen.

Der rechtsextremistische „Front National“ will zu Ostern dieses Jahres, vom 29. bis 31. März, in Straßburg seinen Parteitag durchführen.

In Grenoble protestierten Anfang Dezember 13 000 Menschen gegen den Auftritt des FN-Chefs Le Pen anlässlich der Einweihung des Parteibüros der Rechtsextremisten in Grenoble.

Rom (Italien) - Die Duce-Enkelin Allesandra

Adresse:

Mussolini ist drei Wochen nach ihrem Parteiaustritt wieder in den Schoß der postfaschistischen „Nationalen Allianz“ zurückgekehrt. Mussolini hatte bei ihrem Parteiaustritt am 14. November „politische Meinungsverschiedenheiten“ mit Parteichef Fini angegeben.

Solingen - Der „Arbeitskreis Deutsche Interessen“ (ADI; Sitz: Solingen), der regelmäßig in der Versenkung verschwindet, hat sich jüngst in mehreren Schreiben/Flugblättern an die „Lieben Kameradinnen/Kameraden“ zurückgemeldet. U.a. wird Bundespräsident Herzog von dem Neonazi-Sektierergrüppchen wegen „Verrat an seinem Volk durch Verzichtserklärung auf die Ostgebiete sowie die unverschiebbaren Grenzen nach Polen und Tschechien“ zum Rücktritt aufgefordert. ADI-„Bundesgeschäftsführer“ ist der Maschinenarbeiter Bernd Koch, der in den letzten Jahren unter anderem Mitglied und Aktivist der NPD, der „Bürgerinitiative für Ausländerstopp“, der „Bergischen Front“ (Organisation der einstigen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ >GdNF<), der FAP, der „Aktion Sauberes Deutschland“, der NSDAP Gau Solingen und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ war. Der am 21. März 1993 gegründete ADI versteht sich laut Grundsatzprogramm als „Gesprächs- und Aktionskreis im volkstreuen Spektrum“. Per Kleinanzeige wirbt der ADI u.a. in der Neonazi-Postille „Widerstand“ für sich.

Straßburg - Auf Einladung des FN-Parteichefs Jean-Marie Le Pen nahmen die Ex-Europaparlamentarier Franz Schönhuber und Harald Neubauer nebst „Nation+Europa“-Mitherausgeber Peter Dehoust Mitte Dezember in Straßburg an Gesprächen mit Vertretern des französischen „Front National“ und des belgischen „Vlaams Blok“ teil. Für Ex-REP Schönhuber ist dies ein Comeback auf europäischer Ebene: Er hatte in der vergangenen Legislaturperiode als einziger verbliebener Angehöriger der ursprünglich sechsköpfigen REP-Fraktion die Zusammenarbeit mit der Fraktion der Europäischen Rechten aufgekündigt, während sein damaliger Intimfeind Neubauer Mitglied geblieben war. Laut einer Pressemitteilung des „Nation Europa Verlags“ soll der amtierende REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer in einem Brief an den FN-Parlamentarier Yvan Blot den Gesprächen „viel Erfolg“ gewünscht und sich zu einer Fortsetzung der Kontakte bekannt haben.

Uelzen/Niedersachsen - Hingewiesen und geworben wird in einschlägig bekannten Publikationen

wie „Nation+Europa“, „Junge Freiheit“, „Witiko-Brief“ und „Fakten“ regelmäßig auf den im niedersächsischen Uelzen ansässigen Jomsburg-Verlag. Verkauft werden Szene-Klassiker wie David Irving „Goebbels - Macht und Magie“, Julius Evola „Menschen inmitten von Ruinen“ oder Hans Grimm „Volk ohne Raum“. Einen breiten Raum im Angebot nimmt das Sortiment „Braune Esoterik“ ein; darunter Bücher wie „Der Vril-Mythos“ von Peter Bahn und Videos wie „UFO - Geheimnisse des dritten Reiches“. Die Köpfe des Jomsburg-Verlages sind Josef „Sepp“ Graf, Ex-NPD-Stadtverordneter in Frankfurt und Jens Biernatzki, bis in die jüngste Zeit Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB). Recherchen des NPD-Aussteigers Wolfgang Bendel zufolge, stecken Biernatzki und Graf auch hinter der vom NHB herausgegebenen Zeitschrift „Vorderste Front“ (VF).

Wien/Eisenstadt (Österreich) - Der österreichische Neonazi Wolfgang Tomsits wurde im Dezember wegen Schändung des jüdischen Friedhofs von Eisenstadt im November 1992 zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt. Tomsits war wie sein flüchtiger Mittäter Christian Anderle vor fünf Jahren bei der Gründung der FPÖ-Jugendorganisation mit von der Partie (vgl. BNR 18/96).

Würenlos (Schweiz) - Aus der fernen Slowakei versandte der Neue Visionen Verlag aus dem schweizerischen Würenlos/Kanton Aargau sein „Verlagsprogramm Oktober 1996“. Der von Mitbesitzer Gerhard Förster, einem ehemaligen Panzerkommandanten der Wehrmacht, geleitete Verlag bietet - trotz Hausdurchsuchung und Strafverfahren wegen Zuwiderhandlung gegen die Antirasismus-Strafnorm - weiterhin die Bücher des Basler Holocaust-Leugners Jürgen Graf an. Neu im Angebot hat der Verlag ein Buch von Erich Glagau „Erdachte Gespräche“, sowie ein neues Buch von Erwin Soratroi, dessen antisemitisches erstes Buch „Attilas Enkel auf Davids Thron“ beim Tübinger Grabert Verlag erschienen ist.